

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2194

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2194



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Eine Afrikapolitik der Ausbeutung und Abschottung: So nicht weiter

11. September 2019

Sperrfrist: 11. September 2019, 10.30 Uhr

Afrika: Zwischen Aufbruch und Armut

Patrik Berlinger, Leiter Fachstelle Entwicklungspolitik

Die Schweizer Politik gegenüber Afrika: Abwehrend, ausbeuterisch, ambitionslos

Martin Flügel, Leiter Politik und Public Affairs

Die Schweiz braucht eine entwicklungspolitische Afrikastrategie auf Augenhöhe

Marianne Hochuli, Leiterin Bereich Grundlagen

Wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Ein Beitrag zur globalen Nachhaltigkeit

Franziska Koller, Operative Leitung Internationale Zusammenarbeit

Der Bundesrat muss eine umfassende Afrikastrategie vorlegen Afrika ist nicht eine Bedrohung, sondern eine Chance

Hugo Fasel, Direktor

Communiqué

Caritas Schweiz fordert eine umfassende Afrikastrategie

Beilage

Almanach Entwicklungspolitik 2020: Afrika zwischen Aufbruch und Armut

Patrik Berlinger, Leiter Fachstelle Entwicklungspolitik

Afrika: Zwischen Aufbruch und Armut

Mit gutem Grund macht der Bund Afrika in seiner neuen Strategie zur Internationalen Zusammenarbeit 2021-2024 zu einem Schwerpunkt. Der Kontinent steht vor grossen Herausforderungen und befindet sich zwischen Aufbruch und Armut. Die Schweiz tut gut daran, afrikanische Länder darin zu unterstützen, dass sich ihre Entwicklungschancen erhöhen. Nebst der Entwicklungshilfe muss sie vor allem in eine entwicklungsfördernde Politik investieren.

Afrika ist im Grunde sehr «reich». Abgesehen von einer unendlichen kulturellen Vielfalt (Musik, Kunsthandwerk, Küche, Sprachen und Dialekte usw.) besitzt der Kontinent rund einen Drittel der weltweit vorhandenen mineralischen Ressourcen. Dazu gehören Gold (40 Prozent), Kobalt (60 Prozent) und Platin (90 Prozent), aber auch Eisen, Aluminium, Uran, Kupfer, Diamanten und Erdöl. Der Rohstoffreichtum hat allerdings vielerorts nicht dazu geführt, eine nachhaltige Entwicklung anzustossen, die der Bevölkerung zugutekommt: Nigerias Wirtschaft wächst trotz riesiger Ölreserven um nicht einmal ein Prozent. Und der rohstoffreiche Kongo schneidet beim Index menschlicher Entwicklung (HDI) sehr schlecht ab.

Während weltweit jeder zehnte Mensch mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag auskommen muss, lebt mehr als die Hälfte dieser «extrem armen» Menschen in Afrika – bis 2030 werden es voraussichtlich neun von zehn sein. Jede dritte Person in Subsahara-Afrika ist ungenügend ernährt oder leidet an Hunger. Ein Grund dafür sind die oft ungünstigen, vielfach prekären Umstände, unter denen die Menschen Landwirtschaft betreiben. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen; sie sind erhöht krankheitsanfällig, vor allem Kinder. Aufgrund der Klimaveränderung und den zunehmenden Extremwetterereignissen verschlechtern sich sowohl die Ernährungs- als auch die Wassersituation in einem bisher ungeahnten Ausmass.

Probleme sehen oder Chancen erkennen?

Rund 70 Prozent der Bevölkerung Afrikas ist jünger als 30 Jahre. Die öffentliche Wahrnehmung ist häufig geprägt von arbeitslosen Jugendlichen, die als gewalttätige Aufrührer die Gesellschaft destabilisieren und als illegale Migranten nach Europa kommen. Sieht man es hingegen positiv, steht eine junge, dynamische Generation von Unternehmern, Kulturschaffenden und Akademikern für ein innovatives und zukunftsgerichtetes Afrika bereit. Viele wichtige Arbeitsplätze können in der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft entstehen – andere im Dienstleistungssektor, im nachhaltigen Tourismus oder im Bereich erneuerbarer Technologien.

Länder wie Äthiopien, Elfenbeinküste, Ruanda und Senegal gehören zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Bereits gilt die wachsende afrikanische «Mittelschicht», die 350 Millionen Menschen umfassen soll, als Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung des Kontinents. Allerdings ist dies mit Vorsicht zu geniessen: Alle, die zwischen 2 und 20 US-Dollar pro Tag verdienen, werden zur Mittelklasse gezählt, aber etwa die Hälfte davon lebt hart an der

Armutsgrenze. Die Wahrnehmung Afrikas als Chancen-Kontinent im Aufbruch darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass für viele die Lebensbedingungen nach wie vor prekär sind.

Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklungszusammenarbeit

In den letzten Jahren hat sich das Leben für unzählige Menschen auf der Welt verbessert. Die Entwicklungszusammenarbeit hat dazu beitragen. Mit Blick auf Afrika waren langfristig angelegte Programme und Projekte erfolgreich, die einer Verbesserung der Grundversorgung im Gesundheits- und Bildungswesen dienen, die ländliche Entwicklung begünstigen oder eine gute Regierungsführung vorantreiben. Auch bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Gleichstellung der Geschlechter wurden grosse Fortschritte erzielt. Wie wichtig eine starke Zivilgesellschaft ist, zeigt das Beispiel des Sudan: Bei den Protesten waren es vor allem Frauen und junge Menschen, die 2019 zum Sturz des langjährigen und repressiven Herrschers beigetragen haben.

Hoffnung machen auch die grossen Erfolge in der Geschlechtergleichstellung: Geradema fünf der mehr als 50 Staaten des Kontinents hatten in ihrer postkolonialen Vergangenheit ein weibliches Staatsoberhaupt. In Afrikas Kabinetten und Parlamenten spielten Frauen jahrzehntelang eine untergeordnete Rolle. Bislang, denn 2018 nahm in Mali ein Kabinett seine Arbeit auf, das zu einem Drittel aus Frauen besteht. Ruanda hat 2019 den Frauenanteil im Parlament auf 68 Prozent erhöht. In Äthiopien präsentiert der neue Premierminister ein paritätisch besetztes Kabinett: 10 von 20 Minister/innen sind weiblich.

Nötig ist eine faire Entwicklungspolitik – aus Solidarität und im Interesse der Schweiz

Obwohl Subsahara-Afrika in den letzten fünf Jahrzehnten mehr Entwicklungsgeld erhalten hat als jede andere Region, bleiben Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit bestehen. Selbstverständlich muss die Entwicklungshilfe ihr Wirken und ihre Methoden immer wieder auf den Prüfstand stellen. Gleichwohl muss sie sich jedoch vehement dagegen wehren, in Subsahara-Afrika wirkungslos geblieben zu sein. Wer dies behauptet, geht von falschen Voraussetzungen aus, was Entwicklungszusammenarbeit überhaupt leisten kann.

Armutsbekämpfung lässt sich nie losgelöst von den globalen Macht- und Handelsstrukturen betrachten. Deshalb kann nicht alleine die Entwicklungszusammenarbeit dafür in die Pflicht genommen werden. Gegenwärtig verliert Afrika zum Beispiel ein Mehrfaches durch illegale Finanzabflüsse, als es an Entwicklungshilfe und Investitionen erhält. Ärmere Länder können ihre illegalen Finanzströme nicht im Alleingang eindämmen. Steuerumgehung internationaler Konzerne und einzelner wohlhabender Personen und Familien sind ein globales Problem. Die reichen Industrieländer müssen ihre Verantwortung in dieser teuflischen Geldabfluss-Spirale wahrnehmen. Doch konkrete Schritte, wie sie die UNO, viele afrikanische Länder und viele zivilgesellschaftliche Organisationen seit langem fordern, bleiben weitestgehend aus.

Die Schweiz trägt eine grosse Verantwortung: Unsere Produktions- und Konsummuster sind nicht weltverträglich. Produkte sind für uns nur so billig, weil anderswo Regenwälder für die Palmölproduktion genutzt (für Nutella oder Kosmetik) oder riesige Wälder dem Anbau für Soja zum Opfer fallen (als Futter für die Rinder, die wir verzehren). In Zug und Genf ansässige Rohstofffirmen nutzen die oftmals laxen Sozial- und Umweltstandards in afrikanischen Ländern zu ihrem Vorteil. Die

Schweiz liegt bei den Waffenexporten weltweit an achter Stelle. Und sie schmälert Afrikas Entwicklungschancen als Mitverantwortliche an der Klimaveränderung (mit ihrem hohen CO₂-Ausstoss pro Kopf), wegen ihrer parasitischen Tief(st)steuern für transnationale Unternehmen oder aufgrund oftmals unvorteilhafter Handelszölle. Umso dringender stellt sich die Frage, ob nicht die Schweiz es ist, die sich «entwickeln» muss: emissionsarm, nachhaltig und Afrika-verträglich.

Martin Flügel, Leiter Politik und Public Affairs

Die Schweizer Politik gegenüber Afrika: Abwehrend, ausbeuterisch, ambitionslos

Die Bedeutung von Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent für die Schweiz nimmt ohne Zweifel stark zu. Die politische Antwort der Schweiz auf diese neue Situation fällt bisher ernüchternd aus. Thematisch wird die Politik der Schweiz gegenüber Staaten und Menschen in und aus Afrika von einer abwehrenden Migrationspolitik dominiert. Wirtschaftspolitisch überwiegt eine ausbeuterische Haltung und entwicklungspolitisch sind die Aktivitäten zersplittert und ambitionslos.

Afrika ist der Nachbarkontinent Europas und durchläuft gegenwärtig enorme Veränderungen, zum Beispiel im Bereich der Demografie, der Wirtschaft oder des Klimas. Durch die geographische Nähe und die historische Verbindung sind diese Veränderungen für Europa und damit auch für die Schweiz von grosser Bedeutung. Damit stellt sich die Frage, wie die Schweizer Politik auf diese neue Situation reagiert. Welche Themen mit Bezug zu afrikanischen Ländern kommen in der Politik überhaupt zur Sprache? In welchem Zusammenhang äussert sich der Bundesrat zu Entwicklungen oder Aktivitäten der Schweiz in Afrika? Die Antworten auf diese Fragen können in die drei Themen Migration, Wirtschaft und Entwicklungspolitik gegliedert werden und fallen insgesamt ernüchternd aus.

Dominanz einer abwehrenden Migrationspolitik

Wenn in der Schweizer Politik von Afrika die Rede ist, dann steht in den meisten Fällen die Migration im Zentrum. Genauer, die Verhinderung und Abschreckung von Migration aus afrikanischen Ländern in die Schweiz. Gefordert wird beispielweise, dass in afrikanischen Ländern Asylzentren errichtet werden, so dass die Menschen auf der Flucht Europa bzw. die Schweiz gar nicht erst erreichen. Meist arme afrikanische Länder sollen also der reichen Schweiz eine staatliche Aufgabe abnehmen, nämlich den Schutz von geflüchteten Menschen.

Unter dem Druck innenpolitischer Forderungen versucht die Schweiz mit möglichst vielen Ländern bilaterale Rückübernahmeabkommen oder Migrationspartnerschaften abzuschliessen oder sie schliesst sich als Schengen-Staat Programmen und Abkommen der EU an. Diese Abkommen und Programme sollen die Regierungen verpflichten, ihren Staatsbürgern eine sichere Rückkehr zu gewährleisten. Das Ziel all dieser Bemühungen besteht darin, möglichst viele in die Schweiz geflüchtete Menschen möglichst rasch und unkompliziert wieder loszuwerden. Inakzeptabel ist diese Politik dann, wenn solche Abkommen mit diktatorischen und menschenrechtsverletzenden Regimes abgeschlossen werden. Ein Beispiel dafür ist die Ausschaffungsvereinbarung zwischen Äthiopien und der EU. Diese beinhaltet zur Abklärung der Identität der Asylsuchenden eine enge Kooperation mit dem äthiopischen Geheimdienst. Nun ist genau dieser Geheimdienst bekannt für Menschenrechtsverletzungen und für die Verfolgung von Regierungskritikern. In diesem Fall ist der Schutz der zurückgeschickten Menschen kaum gewährleistet. Gleichzeitig werden internationale Bemühungen, die den Schutz von geflüchteten und migrierenden Menschen international verbessern würden – so wie das mit dem Internationalen Migrationspakt der UNO erreicht werden soll – in der Schweiz von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt.

Fazit: Die Politik der Schweiz gegenüber Afrika wird grundsätzlich von der Migrationsfrage dominiert. Die Migrationspolitik gegenüber Afrika ist abwehrend bis abschottend und vor allem darauf bedacht, die Einreise von Menschen aus afrikanischen Ländern von vornherein zu verhindern oder – wenn das nicht gelingt – diese Menschen möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuschaffen.

Wirtschaftspolitik mit ausbeuterischen Zügen

Auf den ersten Blick sind die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Schweiz und dem afrikanischen Kontinent verschwindend klein. Die Handelsbilanz weist ein Handelsvolumen von nur gerade 5,2 Milliarden Franken aus, was ungefähr einem Prozent des Schweizer Aussenhandels entspricht. Darin nicht enthalten sind jedoch der Goldhandel und der Transithandel. Genau darin liegt allerdings die Bedeutung von Schweizer Unternehmen für die afrikanische Wirtschaft, den Staat und die Bevölkerung. Denn allein das Gold, das aus afrikanischen Staaten in die Schweiz importiert wird, hat einen Wert von über 8 Milliarden Franken und übertrifft damit das gesamte übrige Handelsvolumen. Für einige afrikanische Länder ist die Schweiz aufgrund des Goldhandels das wichtigste Exportland (z.B. Burkina Faso, Mali).

Geradezu gigantisch ist die Bedeutung der Schweiz im Transithandel. Dieser betrifft vor allem Rohstoffe und wird in der Handelsbilanz nicht erfasst, weil die gehandelten Güter nicht in die Schweiz kommen, sondern von einem Unternehmen in der Schweiz direkt von einem Land in ein anderes Land verkauft werden. Die Schweiz ist weltweit der wichtigste Rohstoffhandelsplatz. Der Weltmarktanteil beträgt beim Erdöl 35 Prozent, bei Zucker und Getreide 50 Prozent und bei Kaffee oder Metallen sogar 60 Prozent. Der Wert der so von der Schweiz aus gehandelten Rohstoffe beträgt ca. 1 000 Milliarden Franken pro Jahr und ist damit fast anderthalbmal so gross wie die gesamte Wirtschaftsleistung der Schweiz.

Damit ist die Schweizer Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung für viele afrikanische Länder, die vom Rohstoffhandel leben. Die Probleme des Rohstoffhandels sind wohlbekannt: Es sind vor allem Korruption, Verletzung der Menschenrechte, Umweltschäden und Steuerflucht. Seit 2013 wurden von der Bundesverwaltung mehrere Berichte zum Schweizer Rohstoffsektor erarbeitet und dabei die Risiken klar benannt. Die vorgeschlagenen Massnahmen beruhen aber weitestgehend auf der freiwilligen Selbstdeklaration über die Einhaltung von Standards, die kaum überprüft wird. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) verweist insbesondere auf die Konkurrenz mit anderen starken Standorten wie Singapur und Dubai, die sich insbesondere in den Bereichen Besteuerung und regulatorischen Kosten attraktiv positioniert hätten. Jegliche Verbesserungen in Fragen der Transparenz, zum Beispiel der Informationsaustausch mit Entwicklungsländern zu Bankdaten, wird vom Bundesrat abgelehnt und auch die Unternehmenssteuerreform wird nichts gegen die Steuerflucht bewirken.

Fazit: Dort, wo die Schweiz aufgrund ihrer herausragenden Stellung im Weltmarkt die grösste positive Wirkung für die Länder und Menschen in Afrika erzielen könnte, hält sie aus rein ökonomischen Standortüberlegungen an einer ausbeuterischen und angesichts der verheerenden Folgen auch zerstörerischen Politik fest.

Gute, aber zersplitterte und zu wenig ambitionierte Internationale Zusammenarbeit

Im Vergleich zur Migrationspolitik und Wirtschaftspolitik der Schweiz gegenüber den afrikanischen Staaten schneidet die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz auf dem afrikanischen Kontinent sicher besser ab. Die Fokussierung auf die ärmsten Länder und die Schwerpunktthemen Bildung, Frieden und Sicherheit sowie auf die Einhaltung der Menschenrechte und die gute Regierungsführung sind sinnvoll und führen auch zu bemerkenswerten Einzelerfolgen. So konnte 2018 in Mali für mehrere tausend Kinder der Zugang zur Schule sichergestellt werden, im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia mit 170 000 Bewohnerinnen und Bewohnern Berufsausbildungen für Mechaniker, Schneiderinnen, Bäuerinnen, Maurer etc. etabliert werden und in Mosambik gelang es, unter Schweizer Vermittlung ein Friedensabkommen zu initiieren.

Generell zeigen Dokumente wie der Aussenpolitische Bericht 2018 des Bundesrats oder die Vision Aussenpolitik 2028 des EDA, dass das Bewusstsein für die Bedeutung von Afrika für die Schweiz gross ist. Im Aussenpolitischen Bericht wird festgehalten, dass der afrikanische Kontinent zwar ein eindrückliches Wirtschaftswachstum zeigt, aber auch vor beträchtlichen Herausforderungen steht und dass ein prosperierender Nachbarkontinent im Interesse der Schweiz ist. In der Vision Aussenpolitik 2028 kommt dem afrikanischen Kontinent gleich nach Europa die zweite Priorität zu. Die Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung und des Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für die Schweiz werden klar benannt. In die gleiche Richtung weist auch die noch stärkere Konzentration auf afrikanische Länder in der neuen IZA-Botschaft 2021 - 2024.

Gleichzeitig lässt sich aber feststellen, dass die Internationale Zusammenarbeit in Afrika auf verschiedene Organisationseinheiten verteilt ist, und zwar sowohl organisatorisch wie programmatisch. Sowohl das EDA als auch die DEZA und das SECO sind in afrikanischen Ländern präsent und innerhalb der DEZA sind die Aufgaben auf die Bereiche Südzusammenarbeit und Humanitäre Hilfe verteilt. Zudem verfügt die Internationale Zusammenarbeit generell über zu wenig Mittel, um das bestehende Potential ihrer grundsätzlich guten Arbeit auszuschöpfen. Dies gilt sowohl für die Bekämpfung der Armut, aber insbesondere auch für wirkungsvolle Projekte für den Klimaschutz und für Anpassungsmassnahmen an die Klimaveränderungen.

Fazit: Die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz in afrikanischen Ländern ist geografisch und thematisch gut aufgestellt und leistet eine wichtige und erfolgreiche Arbeit. Gleichzeitig ist sie aber organisatorisch zersplittert und finanziell unterdotiert. Um die bestehenden Potentiale auszuschöpfen, müsste das EDA bzw. Bundesrat Cassis ambitionierter agieren und deutlich mehr Mittel einfordern.

Die Schweiz agiert gegenüber Afrika abwehrend, ausbeutend und ambitionslos

Die Bedeutung von Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent für die Schweiz nimmt ohne Zweifel stark zu. Das Bewusstsein für diese Tatsache ist zwar mindestens teilweise in der Schweizer Politik angekommen. Trotzdem fällt die politische Antwort der Schweiz auf diese neue Situation bisher ernüchternd aus. Thematisch wird die Politik der Schweiz gegenüber Staaten und Menschen in und aus Afrika von einer abwehrenden Migrationspolitik dominiert. Wirtschaftspolitisch überwiegt eine ausbeuterische und zerstörerische Haltung und in der Internationalen Zusammenarbeit wird das Potential aufgrund zersplitterter Zuständigkeiten und fehlender Ambitionen nicht ausgeschöpft.

Marianne Hochuli, Leiterin Bereich Grundlagen

Die Schweiz braucht eine entwicklungspolitische Afrikastrategie auf Augenhöhe

Das Bewusstsein, dass die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent für die Schweiz von Bedeutung sind, nimmt zu. Nun muss die Schweiz eine entwicklungspolitische Afrikastrategie entwickeln. Darin muss sie auch aufzeigen, wie sie ihre Wirtschafts-, Klima- und Migrationspolitik entwicklungsfreundlicher gestaltet.

Was muss die Schweiz unternehmen, um eine sinnvolle und entwicklungspolitisch nachhaltige Afrikapolitik zu gestalten? Welche Themen muss sie primär anpacken? Antwort auf diese Fragen geben drei wichtige Meilensteine, die die Staatengemeinschaft – also auch die Schweiz – im Rahmen der UNO seit dem Jahr 2015 gesetzt hat. Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die Schweiz verpflichtet, die weltweite Armut und das Wohlstandsgefälle entscheidend zu verringern, zu einem nachhaltigen Wirtschaften beizutragen und die Partnerschaften zwischen reichen und ärmeren Ländern mit neuem Leben zu füllen. Mit der Unterzeichnung des «Pariser Abkommens gegen die globale Erwärmung» muss die Schweiz nun gewaltige Anstrengungen unternehmen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf 1.5 Grad Celsius zu stoppen und 100 Milliarden Dollar für Klimamassnahmen bereitzustellen. Und als dritten Meilenstein haben 164 Staaten den Internationalen Pakt für sichere und legale Migration unterschrieben, um das globale Phänomen der Migration gemeinsam anzugehen und den Schutz von Migrierenden und Geflüchteten zu stärken. Die Schweiz hat diesen Entscheid noch aufgeschoben.

Herausforderungen gemeinsam und koordiniert angehen

Damit sind die wichtigsten Herausforderungen für die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkontinent Afrika benannt: Armut und Ungleichheit, die drohende Klimakatastrophe, die für afrikanische Länder bereits Wirklichkeit ist sowie die Notwendigkeit, die Migration zu gestalten und den Menschen würdevolle Bedingungen und Schutz zu bieten. Um diese Herausforderungen zielgerichtet und koordiniert anzugehen, braucht die Schweiz eine entwicklungspolitische Afrikastrategie. Eine solche Strategie setzt eine enge Koordination zwischen dem EDA, der DEZA und dem SECO voraus und muss darauf ausgerichtet sein, Partnerschaften auf Augenhöhe zu pflegen, sowohl mit afrikanischen Regierungen auf allen Ebenen, die etwas verändern und bewirken möchten, als auch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern, afrikanischen Unternehmen und insbesondere unabhängigen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Afrika, die sich für Benachteiligte einsetzen. Bei der Zusammenarbeit mit basisorientierten Organisationen können Schweizer Hilfswerke einen wichtigen Beitrag leisten. Sie haben zum Teil jahrelange und bewährte Beziehungen zu afrikanischen Basis-, Berufs- oder Menschenrechtsorganisationen sowie sozialen Netzwerken aufgebaut. Letztere spielen in den strukturell oft schwachen afrikanischen Staaten eine sehr bedeutende gesellschaftliche Rolle.

In einer Afrikastrategie müsste die Schweiz auch definieren, was und wie sie dazu beiträgt, damit afrikanische Länder von ihrer einseitigen Rohstoffabhängigkeit wegkommen, Wertschöpfung vor Ort generieren und nachhaltige Arbeitsplätze schaffen können, wie dies im Entwurf zur neuen IZA-Botschaft 2021-2024 als Ziel formuliert ist. Und weiter müsste aufgezeigt werden, auf welche Art die

Schweiz in die Bildung von afrikanischen Ländern investiert, benachteiligte Bevölkerungsgruppen beteiligt und die Länder darin unterstützt, faire Steuersysteme aufzubauen.

Als Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern muss sich die Schweiz ganz besonders den folgenden Herausforderungen stellen.

Kohärenz: für eine afrikaverträgliche Innen- und Aussenpolitik

Die Schweiz muss eine kohärentere Innen- und Aussenpolitik betreiben. Konkret bedeutet dies, dass politische Geschäfte, die sich auf arme Länder auswirken, entwicklungsfreundlich ausgestaltet werden müssen. Nach wie vor ist vor allem unsere Wirtschaftspolitik einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika nicht förderlich. Die Schweiz soll nicht mehr als Steuerhafen dienen. Der Bund muss die Steuerflucht von reichen Privatpersonen aus Entwicklungsländern sowie Steuertricks von Schweizer Unternehmen konsequent bekämpfen. Steuern sollen da gezahlt werden, wo die Gewinne anfallen. Auch künftige Freihandels- oder Investitionsabkommen müssen entwicklungs-freundlicher ausgehandelt werden, es braucht klare Umwelt- und Arbeitsstandards. Von Schweizer Unternehmen muss eine entsprechende Sorgfaltspflicht und Rechenschaft eingefordert werden.

Eine der brennendsten Kohärenzfragen ist unser Umgang mit der Klimaerhitzung. Jene, die am wenigstens zum Klimawandel beigetragen haben, spüren am stärksten dessen Auswirkungen und haben weit weniger Ressourcen, sich auf die Stürme und Fluten vorzubereiten oder den Wiederaufbau allein zu bewältigen. Ein trauriges Beispiel hierfür ist der Zyklon «Idai» vom März dieses Jahres, der in den drei afrikanischen Ländern Mosambik, Simbabwe und Malawi grosse Schäden anrichtete und über zwei Millionen Menschen in Not brachte. Die Folgen der Klimaveränderung treiben immer mehr Menschen in die Flucht. Zur Bewältigung der drohenden Klimakatastrophe braucht es zweierlei: mehr Klimaschutz im Inland und gezielte Unterstützung, damit sich afrikanische Länder vor Naturkatastrophen besser schützen und an das veränderte Klima anpassen können.

Angesichts ihres hohen CO₂-Fussabdrucks pro Kopf hat sich die Schweiz zusammen mit anderen Industrieländern im «Pariser Abkommen gegen die globale Erwärmung» dazu verpflichtet, arme Länder stärker zu unterstützen. Die Schweiz muss pro Jahr angesichts der Dringlichkeit, die auch der Weltklimarat betont, für mindestens vier Jahre eine finanzielle Unterstützung von 2 Milliarden Franken aufbringen. Diesen Aufwand muss die Schweiz zusätzlich leisten und nicht anstelle bewährter Armutsbekämpfungsprogramme, wie sie dies gegenwärtig plant. Um den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, braucht es verursachergerechte Lenkungsabgaben, die für Klimaprojekte in den betroffenen Ländern verwendet werden können. Um das Klima zu schützen, brauchen wir ein griffiges CO₂-Gesetz mit dem Ziel, erneuerbare Energiesysteme aufzubauen, auf Kohle und andere fossile Energieträger zu verzichten und für unsere Vielfliegerei zu bezahlen. Der Schweizer Finanzplatz befeuert durch Milliardeninvestitionen in die Kohle oder Erdölindustrie ein Klimawandelszenario von plus 4 bis 6 Grad. Die kritische Schwelle liegt für Klimaexperten bei höchstens 2 Grad. Darum müssen sich Pensionskassen und Banken von klimaschädlichen Investitionen zurückziehen.

Die internationale Zusammenarbeit nicht zur Migrationsverhinderung instrumentalisieren

Sich dem innenpolitischen Druck beugend, setzt die Schweiz zunehmend Gelder der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit dafür ein, Migration nach Europa und in die Schweiz zu verhindern. Es

darf nicht sein, dass die Schweiz sich daran beteiligt, Autokraten ihre Grenz- und Sicherheitsregime zu finanzieren, die gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit kann Migration auch nicht verhindern, denn Migrationsentscheidungen liegen ganz unterschiedliche Ursachen zugrunde. Die Entwicklungszusammenarbeit soll sich aber stärker mit der Migration befassen, denn in vielen afrikanischen Ländern ist die lokale, regionale, oft auch nur temporäre Migration eine Existenzsicherungsstrategie. Gerade aufgrund ihres Netzwerkcharakters muss sie ein zentraler Teil der Entwicklungszusammenarbeit werden. Zukünftige Projekte müssen die besonders prekäre Situation von Migrierten und Geflüchteten auf dem afrikanischen Kontinent noch viel mehr beachten. Sie benötigen besseren Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten. Dies postuliert auch der Internationale Migrationspakt, den die Schweiz so bald wie möglich unterzeichnen sollte.

Echte Partnerschaften mit afrikanischen Ländern müssen die Interessen beider Seiten gleichwertig berücksichtigen. Viele afrikanische Länder haben ein Interesse daran, dass insbesondere junge Leute einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren und hier auch arbeiten können. Die Schweiz sollte deshalb Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich hier legal aufhalten, ausbilden und mindestens temporär arbeiten können.

Franziska Koller, Operative Leitung Internationale Zusammenarbeit

Wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

Ein Beitrag zur globalen Nachhaltigkeit

In Subsahara sind 64 Prozent aller Kinder und 61 Prozent der gesamten Bevölkerung multidimensional arm. Dies geht aus dem *Global Multidimensional Poverty Index 2018* der UN¹ hervor, der nicht bloss das Einkommen, sondern insgesamt zehn Indikatoren in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Lebensstandard berücksichtigt. In Burkina Faso, Tschad, Äthiopien, Niger und Südsudan sind mindestens 90 Prozent der Kinder unter zehn Jahren multidimensional arm. Subsahara ist aber nicht nur von extremer Armut betroffen, sondern zunehmend auch von Klimakatastrophen geprägt. Dürren kommen heute alle paar Jahre vor, währenddem sie sich früher in Dekaden ereigneten. Die Klimaveränderung trifft die Menschen existenziell, weil das Klima die Ernährungssicherheit und damit die Lebensgrundlage unmittelbar beeinträchtigt. Die Bevölkerungsmehrheit der Länder Subsaharas ist damit sowohl von Armut als auch von den Folgen des Klimawandels betroffen.

Doppelte Betroffenheit von Armut und Klimawandel

Ein Dorfältester im Süden von Äthiopien hat uns diese Tatsache im 2018 veranschaulicht: Das Dorf besass vor der damaligen Dürre insgesamt 3600 Tiere (Ziegen, Kamele, Kühe); nach der Dürre blieben ihnen noch 200 Stück Vieh. Damit besaßen sie nach der Trockenheit lediglich noch einen Achtzehntel ihres Vermögens. Wir müssen uns dies bei uns so vorstellen, wie wenn ein Haus in der Schweiz zum Wert von einer Million Franken innerhalb von einem Jahr nur noch 55'000 Franken wert wäre. Derselbe Äthiopier hat uns dann auch noch erzählt, dass sie für das Feuerholz während der Dürre einen 78 Kilometer weiten Weg zurücklegen müssen, selbstverständlich ohne motorisierte Fahrzeuge. Das wäre die Strecke von Bern nach Solothurn und zurück.

Diese zwei Beispiele zeigen deutlich, dass der volkswirtschaftliche Schaden von Dürren immens ist, dass sehr viel Besitz verloren geht. Die Nahrungsmittelpreise steigen drastisch und das Vieh wird wertlos. Für die Armen sind die Folgen solcher Dürren dramatisch, denn ihr Hab und Gut liegt in ihrem Vieh und sie bezahlen zwei Drittel ihres Einkommens für Lebensmittel. Kommt nun die Dürre in einer Region vor, die bereits höchst arm ist, in der es keine Schutzmechanismen gegen die Trockenheit und schon gar keine Versicherungen gibt, so sind die Auswirkungen des Klimawandels und der Armut für die Menschen folgenswer.

Die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit in Subsahara

Caritas Schweiz arbeitet im Sahel und in Ostafrika mit lokalen Partnern zusammen, die mit Bäuerinnen und Bauern landwirtschaftliche Produkte entwickeln und verarbeiten. Das Thema Einkommen ist aber nur ein Schwerpunkt. Ein weiteres Ziel liegt bei der Anpassung an den

¹Vgl. <http://hdr.undp.org/en/2018-MPI>. Die Studie berücksichtigt 105 Länder mit insg. 77% der globalen Bevölkerung. Die Indikatoren berücksichtigen die Ernährung, Kindersterblichkeit, Schulbildung, Kochmöglichkeiten, Sanitation, Trinkwasser, Elektrizität, Housing und Assets.

Klimawandel und ein dritter Fokus beim Schutz von Migrierenden. Bei allen drei Themen arbeitet Caritas Schweiz vor allem mit den Armen zusammen. Wir streben an, dass sie ihre bescheidenen Lebensbedingungen ein Stück weit verbessern können, dass sie mit den Klimaveränderungen besser umgehen können und dass Migrierende auf den Routen geschützt sind. Die Produktionen bei der Einkommensförderung mögen aus ökonomischer Sicht unprofitabel sein. Die Anpassungen an den Klimawandel dürften nur ein kleines Stück dazu führen, dass die Schäden des vom Norden verursachten Klimawandels linder ausfallen. Und die Migrierenden sind trotz unserer Projekte noch weit von der Personenfreizügigkeit entfernt. Allerdings wäre es im Hinblick auf die globale Nachhaltigkeit das viel grössere Problem, Menschen von der formellen Ökonomie auszuschliessen, keine Verantwortung für die Klimaschäden zu übernehmen oder den Menschen in Subsahara eine würdige Migration zu verbieten. Die grössten Investoren werden weltweit an keiner Börse gehandelt. Es sind die lokalen Produzenten und Kleinproduzentinnen, die rund 70 Prozent unseres globalen Nahrungsbedarfs erarbeiten. Ihre Einbindung in den formellen Markt und die Anpassung der Landwirtschaft an die Klimaveränderungen stärken das gesellschaftliche Gleichgewicht und tragen zu einem integrativen Wirtschaften bei, natürlich immer vorausgesetzt, dass die sozialen und ökologischen Standards eingehalten werden. Das globale Wirtschaftswachstum dürfte längst unwirtschaftlich geworden sein. Es dürfte uns mehr kosten, als sich die Gewinnmarge lohnt, wenn wir die ökologischen Schäden einkalkulieren würden. Gleichzeitig ist es verfehlt zu glauben, dass das sogenannte Wirtschaftswachstum die Armut überwinden könnte, solange die globalen Ressourcen nicht gerecht und angemessen verteilt sind.

Die drei Themen Einkommen, Klima und Migration

Das Ziel von Caritas Schweiz in Subsahara liegt im Bereich Einkommen darin, den Markt für die Armen arbeiten zu lassen. So werden ausgewählte Produkte (z.B. Moringa, Kaffee, Shea-Butter etc.) mit lokalen Bäuerinnen und Bauern angebaut und verarbeitet, damit sie ihr Einkommen verbessern können. Unsere Partner vor Ort legen mit ihnen Plantagen an, die Bäuerinnen und Bauern organisieren sich in Kooperativen, sie verarbeiten ihre Produkte und verkaufen sie auf dem nationalen oder internationalen Markt. Caritas Schweiz und die lokalen Partner führen vor Ort Schulungen durch zur Markt- und Unternehmensförderung (Verarbeitung, Verpackung, Lagerung und Vermarktung). Teilweise arbeitet Caritas Schweiz auch mit Mikrofinanzinstitutionen zusammen, um den Armen den Zugang zu Mikrokrediten zu ermöglichen. Schliesslich gehört auch die Stärkung der lokalen Strukturen und Partner (z.B. hinsichtlich Qualitätskontrollen, Standards, Zertifizierung, Marktanalysen) zur Einkommensförderung

Nebst der ökonomischen Dimension stehen auch Klimaaspekte im Vordergrund, wobei es einerseits um die Anpassung an den Klimawandel und andererseits um die Energieeffizienz geht. Caritas Schweiz fördert mit Projekten in Subsahara nachhaltige Wassernutzungs- und Anbausysteme, welche die langfristige Sicherung von gefährdeten lokalen Ökosystemen ermöglichen (z.B. Lac Wegna in Mali) oder die Resilienz der Menschen in Dürrezeiten erhöht (z.B. Felsbecken-Konstruktionen). Wassereffizientere Massnahmen und angepasste Anbaumethoden unterstützen das Produktionspotenzial und verbessern die Widerstandskraft der Pflanzen während der Trockenheit (z.B. dürreresistente Sorten). Effizientere Technologien zum Kochen erhöhen die Energieeffizienz und reduzieren den Druck auf die natürliche Ressource Holz und damit das lokale Ökosystem. Dank nachhaltig wirksamen Instrumenten und Ressourcenschutz kann die natürliche Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung erhalten werden.

Beim Thema Migration setzt Caritas Schweiz zum einen auf den Schutz von Migrierenden und zum anderen auf die soziale und ökonomische Integration dieser Bevölkerungsgruppe. Es wäre verkehrt zu glauben, dass Menschen aus der Subsahara vorwiegend nach Europa kommen, denn Afrikanerinnen und Afrikaner migrieren vor allem innerhalb des Kontinents. Gemäss UNHCR 2018 leben südlich der Sahara 18 Millionen Menschen, die regelmässig migrieren. Nach Europa gelangten gemäss UN im selben Zeitraum nur 0,2 Prozent. Die Migrationsprojekte von Caritas Schweiz unterstützen und fördern lokale Partner, die sich um Migrierende in den Transitländern kümmern. Die Grundbedürfnisse werden sichergestellt und die Rechte gestärkt. Caritas Schweiz arbeitet bei diesen Projekten nicht nur mit den Begünstigten, sondern auch mit jenen Akteuren zusammen, die für Dienstleistungen für Migrierende zuständig sind; dazu zählen Regierungsorganisationen, internationale Organisationen, die einheimische Bevölkerung und viele weitere Stakeholder. Nebst dem Beitrag für das Grundeinkommen werden kommunale Dienstleistungen verbessert und die Vernetzung mit spezialisierten Organisationen ist ein explizites Ziel. Des Weiteren gehört auch die Informationsvermittlung zu den Aktivitäten von Migrationsprojekten. Im Rahmen der ökonomischen Integration von Migrierenden stehen der Zugang zu Mikrokrediten, die Entwicklung von Wertschöpfungsketten bei gleichzeitig nachhaltiger Nutzung der natürlichen Ressourcen oder auch der Ausbau von beruflichen und technischen Ausbildungen im Zentrum. Damit werden die Lebensbedingungen der Bevölkerungsgruppen verbessert. Durch den verfolgten Nexus-Ansatz verbindet Caritas Schweiz die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit miteinander. Nicht zuletzt gehören auch Massnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens und des Zusammenhalts der Gemeinschaften zum Thema Migration.

Sozial- und Umweltverträglichkeit als gesellschaftliches Ziel

Es wäre eine Illusion zu glauben oder zu verlangen, dass wir in Subsahara mit diesen Massnahmen die Armut oder die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels überwinden könnten. Das globale Wirtschaftssystem reisst nachweislich immer tiefere Gräben auf und die vom Norden verursachten Klimaveränderungen treffen die Länder in Subsahara massiv. Zu meinen, die Entwicklungszusammenarbeit könnte diese Kluften bewältigen, wäre verkehrt. Bei unserer Arbeit in Subsahara steht die soziale und wirtschaftliche Integration der Armen im Zentrum. Der Schutz von Migrierenden und ihr Recht auf eine würdige Migration bleibt unser Ziel. Wir suchen Wege, um jene Lücken zu schliessen, die zwischen der sogenannten erfolgreichen Ökonomie und denen, die aus dem ökonomischen System herausgefallen sind, klafft und immer noch weitergeht. Die Arbeit für die Ernährungssicherung berücksichtigt die Folgen des Klimawandels und setzt an der Schnittstelle zwischen der formellen und der informellen Ökonomie an. Mit den Projekten und Programmen in Subsahara strebt Caritas Schweiz an, dass die Ausgeschlossenen einen Zugang zum Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Migration und Recht auf Einkommen haben.

Wirtschaftswachstum ohne eine global faire Ressourcenverteilung wird das Problem der Armut nicht lösen können, ebenso wenig wie es ohne radikale Nachhaltigkeit die Schäden am Klima begrenzen wird. Beide Aspekte, sowohl die Sozial- als auch die Umweltverträglichkeit müssen bei der Einkommensverbesserung, den Klimabemühungen und der Migrationsarbeit ein inhärentes Ziel sein. Die Projekte von Caritas Schweiz leisten einen Beitrag dazu.

Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz

Der Bundesrat muss eine umfassende Afrikastrategie vorlegen

Afrika ist nicht eine Bedrohung, sondern eine Chance

Welche Strategie verfolgt die Schweiz auf dem sich rasant wandelnden afrikanischen Kontinent? Wie will sie Chancen erschliessen, Risiken bekämpfen und Krisen bewältigen? Caritas fordert den Bundesrat auf, noch vor den Beratungen der Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit eine Afrikastrategie vorzulegen, damit diese ebenfalls im Parlament debattiert werden kann.

Der Bundesrat hat den Entwurf der IZA-Botschaft 2021-2024 in die Vernehmlassung geschickt. Damit hat die Entwicklungszusammenarbeit in der Öffentlichkeit etwas an Aufmerksamkeit gewonnen. Das Parlament wird sich 2020 mit der Botschaft auseinandersetzen und über den Rahmenkredit entscheiden. Eine zentrale Frage dabei ist, wie die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas weiterentwickeln will. Für Caritas Schweiz ist es unabdingbar, dass der Bundesrat noch vor der Beratung in den Eidgenössischen Räten eine umfassende Strategie, die die Afrikapolitik der Schweiz definiert, vorlegt.

1. Eine Afrikastrategie ist mehr als eine Politik der Entwicklungszusammenarbeit

Wer eine Strategie anmahnt, muss deren Notwendigkeit und Wichtigkeit begründen. In Bezug auf Afrika würden viele Politiker/innen primär die Migrationsfrage in den Vordergrund stellen. Doch eine Afrikastrategie darf und kann nicht auf die Migrationsfrage reduziert werden, sondern sie muss Auskunft darüber geben, wie die Zusammenarbeit der Schweiz mit den Ländern Afrikas als Ganzes angelegt sein soll und was die Schweiz künftig von Afrika braucht und als Gegenpart für Afrika leisten will. Es braucht ein Konzept des gegenseitigen Respekts und der Partnerschaft.

So wie die Schweiz gegenwärtig ihre Europastrategie, d.h. ihre Beziehungen zur EU debattiert, genauso muss sie auch ihre aussenpolitische Strategie mit den afrikanischen Ländern herausarbeiten und öffentlich diskutieren.

Im Botschaftsentwurf des Bundesrates wird der Umgang mit Afrika wesentlich auf die Tätigkeiten von DEZA und SECO reduziert. Dem liegt der klassisch defizitorientierte Blick auf den Südkontinent zu Grunde. Es trifft zwar zu, dass mehr als 50 Prozent der weltweiten Armut künftig in den Ländern der Subsahara zu finden sein wird. Dies ist jedoch kein Grund, die Afrikapolitik der Schweiz auf die Entwicklungshilfe der DEZA zu beschränken. Genau so wenig hilft es, die Entwicklungszusammenarbeit auf die Migrationsfrage zu konzentrieren. Es gehört zu den grössten Verwirrungen aktueller Politik zu glauben, dass mit einem DEZA-Budget von jährlich rund 600 Millionen Franken die Migration in Afrika signifikant gesteuert oder gar verhindert werden könnte.

2. Ansprüche an eine Afrikastrategie

Aus Sicht der Caritas muss eine Afrikastrategie folgende Elemente enthalten:

2.1 Aufklärung und Information

Das Wissen über Afrika ist gering. Deshalb sind über die Zeit viele Zerrbilder über diesen Kontinent entstanden. Das Informationsdefizit ist hoch. Dabei spielen auch die Veränderungen in der Medienlandschaft eine Rolle. Die Zahl der Korrespondenten/innen, die über die Länder Afrikas berichten und Analysen erstellen, hat sich auf eine Handvoll reduziert. Afrika existiert medial kaum, ausser wenn es um Unglücksfälle und Verbrechen geht. Die Forderung nach aktiver Informationsarbeit und Aufklärung ist umso wichtiger, weil die eigenständige Kommunikation der DEZA in den letzten Jahren weitgehend verschwunden ist und sich im Nebel des EDA aufgelöst hat.

Eine Afrikastrategie muss deshalb zuallererst ein Kommunikations- und Aufklärungskonzept vorlegen, mit dem Ziel, das Faktenwissen zu Afrika in den Demokratieraum Schweiz einzuspeisen.

2.2 «Whole of Government»-Ansatz

Eine Afrikastrategie muss über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausreichen. Der Bundesrat muss den vom Aussenpolitischen Departement immer wieder postulierten «Whole of Government»-Ansatz in ein klares Programm und Profil bezüglich Afrika umsetzen; es braucht eine departementsübergreifende Politik. Dazu gehört insbesondere, dass das Finanzdepartement darstellt, wie es die Steuerpolitik gegenüber den Ländern des Südens definiert. Ist es bereit, den automatischen Informationsaustausch auch den Ländern Afrikas zu gewähren? EJPD und WBF sollen Auskunft darüber geben, wie sie den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt künftig gestalten wollen und ob sie bereit sind, über die Rosinenpickerei der Bestausgebildeten aus Afrika hinauszugehen. Das WBF soll darstellen, welche Chancen die afrikanischen Wirtschaften bezüglich neuer und wachsender Märkte für Schweizer Unternehmen bietet. Das UVEK soll zeigen, welche Möglichkeiten es gibt, dass der afrikanische Kontinent und die vorgelagerten Meere nicht weiterhin als Müllhalde für Konsumgüter aus der Schweiz missbraucht werden.

2.3 Offenlegen der Eigeninteressen der Schweiz

Der Begriff der «wohlverstandenen Eigeninteressen» ist fester Bestandteil des aussenpolitischen Vokabulars der Schweiz. Es ist wichtig, dass der Bundesrat diese Eigeninteressen insbesondere bezüglich der afrikanischen Länder benennt und transparent macht. Erst die Offenlegung der aussenpolitischen Ziele, die die Schweiz in Afrika verfolgt, macht eine dringend notwendige Debatte möglich. Es darf nicht sein, dass der Bundesrat in einer Zeit, in welcher Afrika in der Innenpolitik primär als Bedrohung gesehen wird, auf eine afrikapolitische Positionierung verzichtet und still wegschaut.

- Wir brauchen die Menschen aus Afrika

In dem Masse wie sich die Aussen- und Innenpolitik der Schweiz von der Flüchtlingsfrage treiben lassen, ist es notwendig, eine afrikabezogene Migrationspolitik zu formulieren. Diese muss mehr sein als Abschottungspolitik.

Afrika verfügt über eine rasch wachsende und extrem junge Bevölkerung. Das Durchschnittsalter liegt zwischen 17 und 18 Jahren (!). Der Ausbildungsbedarf ist riesig, die Investitionskosten in die Bildung sind enorm.

In diesem Kontext gilt es zu klären, ob die Schweiz weiterhin einfach nur beste Leute aus Afrika, deren Ausbildung vor Ort finanziert wurde, abziehen will, oder, wie die Caritas das fordert, dass die Schweiz sich an den Ausbildungsinvestitionen in Afrika adäquat beteiligt. Bezogen auf die Schweiz ist zu beachten, dass beispielsweise der Pflegenotstand in den nächsten Jahren nachweislich sehr gross sein wird und mehrere Zehntausend Pflegende fehlen werden. Dies gilt auch für andere Berufsfelder. Solche Herausforderungen müssen in eine Afrikastrategie Eingang finden. Caritas erwartet, dass die Schweiz die Türe für Auszubildende für Pflegeberufe und andere Berufe öffnet, um die aktuellen und künftigen Lücken im Arbeitsmarkt zu schliessen. Dazu muss sie Menschen aus Afrika die notwendige Ausbildung gewähren und diese auch finanzieren.

- **Wir brauchen die Bodenschätze aus Afrika**

Afrika ist der Kontinent der Bodenschätze. Das ist für die rohstoffreichen Länder meist mehr Problem als Chance. Denn sie werden zum Tummelplatz internationaler Interessen. Mehrere Länder zahlen dafür einen hohen Preis in Form von Instabilität, Bürgerkriegen und Diktaturen. Die einheimische Bevölkerung profitiert nur selten von den natürlichen Reichtümern. Wichtige Profiteure dieser Situation sind aber auch die Rohstoffkonzerne. Sie können ihre Interessen weit einfacher durchsetzen bei schwachen und korrupten Regierungen als umgekehrt. Die Schweiz ist heute Hauptsitz vieler Rohstoffkonzerne. Deren Auftreten schädigt immer öfter den Ruf der Schweiz. Unser Land ist auf diese Konzerne nicht angewiesen. Wir verlangen, dass der Bundesrat die Auflagen für Rohstofffirmen mit Sitz in der Schweiz überprüft und klare Bedingungen setzt. Dazu gehört die Einhaltung von Umweltstandards, der Respekt der Menschenrechte und die Einhaltung der Sorgfaltspflicht, so wie dies die Konzernverantwortungs-initiative einfordert.

- **Wir brauchen Stabilität und Sicherheit**

Obwohl die Migration seit Jahren dominant die Politik bestimmt und immer wieder als Bedrohung der Schweiz («Wir können doch nicht ganz Afrika bei uns aufnehmen») dargestellt wird, werden die Ursachen der Migration kaum öffentlich diskutiert. Wichtige Ursachen der Migration sind jedoch fehlende Stabilität und Sicherheit. Eine Afrikastrategie muss deshalb zeigen, wie die Schweiz – aus Eigeninteresse – zu mehr Sicherheit und Stabilität in verschiedenen Ländern Afrikas beitragen will. Sie muss Massnahmen nennen, wie die Schweiz zu Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung beitragen will.

2.4 Es braucht eine zusätzliche Klimafinanzierung für die Ärmsten

Eine riesige Herausforderung für Afrika ist die Klimaerwärmung. Dürren, Stürme, Überschwemmungen haben schwerwiegende Folgen. Die Hungersituationen, insbesondere in Ostafrika, verschärfen sich wieder. Von der Klimaerwärmung sind die Ärmsten am meisten betroffen. Sie stehen mit leeren Händen da und können sich in keiner Art und Weise schützen. Es fehlt ihnen das Geld, um Anpassungen an die veränderte Situation zu finanzieren.

Den Klimawandel haben nicht die afrikanischen Länder verursacht, sondern die Länder des Nordens, auch die Schweiz. Wir stehen in der (Haft-)Pflicht, diese Länder umfassend zu unterstützen. Caritas Schweiz hat deshalb in ihrer Vernehmlassung zur IZA-Botschaft verlangt, dass die Schweiz ihre Entwicklungshilfe auf 1% des BNP erhöhen muss. Aktive Klimapolitik basiert auf der Gerechtigkeitsfrage. Wer Schaden verursacht, muss für dessen Behebung bezahlen. Eine Afrikastrategie des Bundesrates muss deshalb klar und deutlich darüber Auskunft geben, wie die Schweiz sich in der Klimafrage für Afrika engagieren will. Klimafinanzierung in Afrika ist nicht Entwicklungshilfe, sondern eine Entschädigungsleistung gemäss Verursacherprinzip. Die Dringlichkeit der Klimafrage würde eine rasche Hilfe von 2 Milliarden Franken jährlich verlangen.

Interventionen im Parlament

Die aufgeführten Punkte zeigen die Erwartungen der Caritas an eine Afrikastrategie des Bundesrates. Caritas wird in den Eidgenössischen Räten Parlamentarier einladen, Vorstösse einzubringen, die vom Bundesrat die Erarbeitung einer Afrikastrategie verlangen.

Luzern, 11. September 2019

Mediencommuniqué

Caritas Schweiz fordert eine umfassende Afrika-Strategie

Caritas Schweiz sieht in der Afrika-Politik der Schweiz grundlegenden Handlungsbedarf. Die heutige Wirtschaftspolitik hat ausbeuterische Züge, die Migrationspolitik ist von Abschottung geprägt und die Entwicklungszusammenarbeit finanziell unterdotiert. Aus Sicht der Caritas braucht es eine umfassende Afrika-Strategie, die eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglicht.

Afrika durchläuft gegenwärtig enorme Veränderungen in demografischer, wirtschaftlicher, aber auch klimatischer Hinsicht. Durch die geographische Nähe und die historische Verbindung sind diese Veränderungen für Europa und die Schweiz von grosser Bedeutung. Der Wandel bringt Herausforderungen wie wachsende Armut und Ungleichheit oder die Ausgestaltung der Migration mit sich, eröffnet aber auch Chancen. Die politische Antwort der Schweiz auf diese Entwicklung fällt allerdings bisher ernüchternd aus. Der heutige Umgang der Schweiz mit Afrika basiert primär auf migrationspolitischer Abschottung und wirtschaftlicher Ausbeutung. Wenn die Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren stärker auf Afrika fokussieren will, wie dies die Botschaft des Bundesrates zur Internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 vorsieht, müssen grundlegende Fragen der Beziehung zu Afrika dringend geklärt werden.

Migration aus Afrika wird nur als Bedrohung gesehen

Wenn in der Schweizer Politik von Afrika die Rede ist, dann steht meist die Migration im Zentrum, und insbesondere die Frage, wie sie verhindert werden kann. Unter dem Druck innenpolitischer Forderungen versucht die Schweiz, Rücknahmeabkommen oder so genannte Migrationspartnerschaften abzuschliessen. Die Regierungen sollen sich verpflichten, ihren Staatsbürgern eine sichere Rückkehr zu gewährleisten. Inakzeptabel ist diese Politik, wenn solche Abkommen mit diktatorischen und menschenrechtsverletzenden Regimes abgeschlossen werden.

Rohstoffhandel steht für wirtschaftliche Ausbeutung

Die Schweiz ist als weltweit wichtigster Rohstoffhandelsplatz für afrikanische Länder von entscheidender Bedeutung. Heute dominieren rein ökonomische Standortüberlegungen der Schweiz – mit verheerenden Folgen für die betroffenen Länder. Die Schweiz verzichtet mit Blick auf andere Handelsstandorte wie Singapur und Dubai darauf, denn Rohstoffhandel transparenter zu gestalten und besser zu regeln. Sie trägt so dazu bei, dass Probleme wie Korruption, Verletzung der Menschenrechte, Umweltschäden und Steuerflucht zum Nachteil der afrikanischen Bevölkerung ungelöst bleiben.

Gesamtheitliche Sicht der Afrika-Politik erforderlich

Angesichts dieser Zusammenhänge braucht die Schweiz eine Afrika-Strategie, die über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausreicht. Der Bundesrat muss den vom Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) immer wieder postulierten «Whole of Government»-Ansatz in ein klares Programm und Profil bezüglich Afrika umsetzen; es braucht eine departementsübergreifende Politik. Dazu gehört insbesondere, dass das Finanzdepartement darstellt, wie es die Steuerpolitik gegenüber den Ländern des Südens definiert. Geklärt werden muss auch, wie die Schweiz den Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt künftig gestalten will und ob sie bereit ist, über die Rosinenpickerei der Bestausgebildeten aus Afrika hinauszugehen. Zudem braucht es eine Einschätzung, welche Chancen die afrikanischen Wirtschaften bezüglich neuer und wachsender Märkte für Schweizer Unternehmen bieten.

Die Schweiz muss ihre Eigeninteressen formulieren. Migration aus Afrika ist durchaus im Interesse der Schweiz, um künftige Lücken im Arbeitsmarkt, so etwa im Pflgbereich, schliessen zu können. Die Schweiz braucht auch Rohstoffe aus Afrika. Es ist aber inakzeptabel und schädlich für die Schweiz, wenn aus der Schweiz agierende Rohstoffkonzerne ihre Interessen ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf Menschenrechts- oder Umweltstandards durchsetzen. Und die Schweiz ist – gerade auch aus migrationspolitischer Sicht – darauf angewiesen, dass afrikanische Länder Stabilität und Sicherheit für ihre Bevölkerungen bieten können. Es braucht Beiträge zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenförderung.

Klimafinanzierung muss dringend verbessert werden

Eine riesige Herausforderung für Afrika ist die Klimaerwärmung. Dürren, Stürme, Überschwemmungen haben schwerwiegende Folgen. Die Hungersituationen verschärfen sich wieder. Von der Klimaerwärmung sind die Ärmsten am meisten betroffen. Den Klimawandel haben nicht die afrikanischen Länder verursacht, sondern die Länder des Nordens, auch die Schweiz. Sie steht in der Pflicht, diese Länder umfassend zu unterstützen. Eine Afrika-Strategie des Bundesrates muss deshalb klar und deutlich darüber Auskunft geben, wie die Schweiz sich in der Klimafrage für Afrika engagieren will. Klimafinanzierung in Afrika ist nicht Entwicklungshilfe, sondern eine Entschädigungsleistung gemäss Verursacherprinzip. Dafür braucht es deutlich mehr finanzielle Mittel

Eine Afrika-Strategie des Bundesrates muss aus Sicht der Caritas alle diese Aspekte in einem umfassenden Bild mitberücksichtigen. Zeitlich muss sie vorliegen, bevor das Parlament im kommenden Jahr über die Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 beraten wird. Caritas wird Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu einladen, in den Eidgenössischen Räten Vorstösse einzubringen, die vom Bundesrat die Erarbeitung einer Afrika-Strategie verlangen.

Buchhinweis: Der soeben erschienene «Almanach Entwicklungspolitik 2020» von Caritas Schweiz ist dem Schwerpunkt «Afrika zwischen Aufbruch und Armut» gewidmet.

Bestellungen unter www.caritas.ch/shop, Presseexemplare unter info@caritas.ch.

Kontakt und weitere Auskünfte: Stefan Gribi, Leiter Abteilung Kommunikation, Caritas Schweiz, E-Mail sgribi@caritas.ch, Tel. 041 419 22 37. Interviews mit Hugo Fasel und weiteren Caritas-Vertreterinnen und Vertretern sind möglich.

Unter dem Link www.caritas.ch/fotos finden sich Bilder in Druckauflösung zum Download. Auf Anfrage stehen auch Videoaufnahmen zur Verfügung.

Bestellkarte

Expl. **Almanach Entwicklungspolitik 2020**
Afrika zwischen Aufbruch und Armut / 320 Seiten
 Einzelausgabe: Fr. 39.–
 Ich abonniere den Almanach bis auf Widerruf für CHF 34.– pro Ausgabe (604620)

Expl. **Almanach Entwicklungspolitik 2019**
Migration und Entwicklung: Globale Wanderungen menschengerecht gestalten / 340 Seiten
 Einzelausgabe: Fr. 39.–
 Ich abonniere den Almanach bis auf Widerruf für CHF 34.– pro Ausgabe (604619)

Expl. **Almanach Entwicklungspolitik 2017/18**
Klimaschutz und Armutsbekämpfung / 232 Seiten
 Einzelausgabe: Fr. 39.–
 Ich abonniere den Almanach bis auf Widerruf für CHF 34.– pro Ausgabe (604617)

Expl. **Sozialalmanach 2019**
Digitalisierung – und wo bleibt der Mensch? / 304 Seiten
 Einzelausgabe: Fr. 36.–
 Ich abonniere den Almanach bis auf Widerruf für CHF 31.– pro Ausgabe (604719)

Expl. **Sozialalmanach 2018**
Wir und die Anderen: Nationalismus / 256 Seiten
 Einzelausgabe: CHF 36.–
 Ich abonniere den Almanach bis auf Widerruf für CHF 31.– pro Ausgabe (604718)

Preise inkl. MwSt., zuzüglich Versandkosten. Bestellen Sie weitere Titel aus dem Caritas-Verlag auf www.caritas.ch/shop

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



«Afrika ist in Bewegung, aber keineswegs in Richtung Europa, wie dies gemeinhin dargestellt wird. Im Gegenteil, es kann von einer eigentlichen innerafrikanischen Migrationskultur gesprochen werden. Migration und der Aufbau translokaler Netzwerke innerhalb eines Landes oder über afrikanische Landesgrenzen hinweg ins Nachbarland dienen vielen Haushalten dazu, ihre Existenz sichern zu können. Oft finden solche Bewegungen nur temporär statt, beispielsweise während der Trockenzeit, wenn Menschen in Regionen mit mehr Niederschlag ziehen. Die saisonalen klimatischen Bedingungen in der Herkunftsregion sind also entscheidend. Umso dramatischer sind die Folgen des Klimawandels bereits vielerorts zu spüren.»

Marianne Hochuli
Leiterin Bereich Grundlagen, Caritas Schweiz

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
Telefax: +41 41 419 24 24
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
Postkonto: 60-7000-4

1414

Titelbild: Etinosa Yvonne

Afrika zwischen Aufbruch und Armut



Almanach Entwicklungspolitik 2020

Caritas-Verlag, Luzern, September 2019

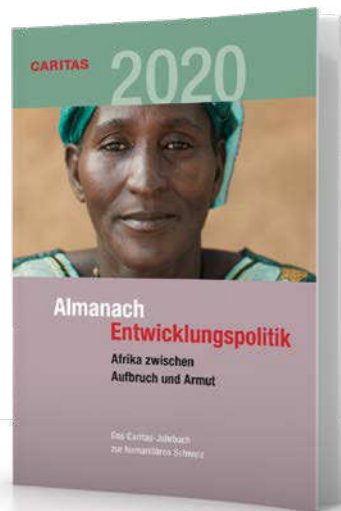
320 Seiten / 39 Franken

Bestellung mit beiliegender Karte oder online unter:

www.caritas.ch/shop

Auch als E-Book erhältlich.

CARITAS Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra
Das Richtige tun



Almanach Entwicklungspolitik 2020
Afrika zwischen Aufbruch und Armut
Caritas-Verlag, Luzern, September 2019
320 Seiten/39 Franken
Print: ISBN 978-3-85592-165-2
E-Book: ISBN 978-3-85592-166-9

Entwicklungspolitische Trends

Wie steht es um die entwicklungspolitische Verträglichkeit der Schweizer Politik? In diesem Kapitel werden Politikfelder darauf hin überprüft, inwiefern sie im Sinn der «Agenda 2030» die Armutsbekämpfung und eine nachhaltige Entwicklung in ärmeren Ländern fördern oder verhindern. Wie sich zeigt, mangelt es an einer ehrlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Politik, die unter anderem unlautere Finanzflüsse aus Entwicklungsländern in die Schweiz begünstigt. So entgehen den ärmsten Ländern wichtige Steuereinnahmen.

Schwerpunktthema: Afrika zwischen Aufbruch und Armut

Kein anderer Kontinent ist so klischeehaften Darstellungen ausgesetzt wie Afrika. Der Almanach Entwicklungspolitik 2020 möchte ein differenziertes Bild zeichnen und widmet sich deshalb im ersten Teil Fakten, Bildern und Zerrbildern. Hinterfragt wird zudem die Vorstellung einer «aufholenden Entwicklung». Mit der Urbanisierung und der translokalen Lebenswelt vertieft der Sammelband zwei Aspekte, welche die afrikanischen Gesellschaften stark prägen. Der Grossteil der afrikanischen Migration findet auf dem Kontinent selber statt, was auch entwicklungspolitische Implikationen haben muss.

Der zweite Teil nimmt neuere Formen der Entwicklungszusammenarbeit in den Fokus, wie sie etwa der «Compact with Africa» verkörpert, der Direktinvestitionen aus dem Ausland fördern möchte. Dabei werden immer auch die Chancen und Risiken des Wirtschaftswachstums beleuchtet, da neue Kooperationsformen und Wachstum nicht automatisch den Armutsbetroffenen zugutekommen. Im dritten Teil wird die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit reflektiert, bevor Caritas Schweiz ihre Synthese präsentiert und auf die Bedingungen für eine Partnerschaft auf Augenhöhe eingeht.

Inhalt

Entwicklungspolitische Trends

Patrik Berlinger

Entwicklungspolitische Verträglichkeit der schweizerischen Politik

I. Teil Afrika im Blick: Fakten, Bilder und Zerrbilder

Ruedi Küng

Wider die Klischees, für die Vielfalt

Franziska Koller

Vom widersprüchlichen Paradigma der aufholenden Entwicklung

Hannah Niedenführ

Sehr mobil und gut vernetzt: Translokaltät in Afrika und ihre Bedeutung für die Entwicklungspolitik

Gespräch mit Felwine Sarr

«Es ist an der Zeit, dass Europa zuhört»

Veye Tatah

Handel statt Hilfe

Claudia Skibbe

Wirtschaftliche Aussichten für Subsahara-Afrika und die Rolle der Urbanisierung

II. Teil Afrika im Wandel und neue Formen der Zusammenarbeit

Robert Kappel

«Compact with Africa»: Ambitionierte Ziele und viele Schwachpunkte

Lara M. Lundsgaard-Hansen

Chinas Engagement in Afrika: Die andere Art von Entwicklungszusammenarbeit

Philipp Aerni

Langfristige Direktinvestitionen als Chance für lokales Unternehmertum

Gespräch mit Mark Herkenrath

«Wirtschaftswachstum kommt nicht automatisch den Armen zugute»

Sabin Bieri

Das asiatische Wirtschaftswunder und seine Deutungen für Afrika

Tirivangani Mutazu

Droht eine neue Schuldenkrise?

III. Teil Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Fritz Brugger, Isabel Günther

Ist Entwicklungszusammenarbeit mit Subsahara-Afrika ein Auslaufmodell?

Boniface Mabanza Bambu

Jenseits humanitärer Rhetorik: Entwicklungsdiskurs aus afrikanischer Perspektive

Kenneth Kalu

Mehr Koordination statt Konkurrenz

Mamy Dioubaté

Lokale Märkte an globale Strukturen anpassen

Nathalie Oberson, Dominique Guenat, Urs Scheidegger

Saatgut für die Entwicklung im Tschad

IV. Teil Synthese aus der Sicht von Caritas Schweiz

Marianne Hochuli

Partnerschaft auf Augenhöhe

GAS/ECR/ICR

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

50280495
000003

DIE POST



B



Caritas-Verlag
Bereich Kommunikation
und Marketing
Adligenswilerstrasse 15
Postfach
6002 Luzern